

Wilsdruffer Tageblatt

Samstagsheft Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Preis: 10 Pf. monatlich, 1.20 Jährlich. In der Stadt monatlich 1.50 Jährlich, auf dem Lande 1.60 Jährlich, durch die Post bezogen vierteljährlich 3.75 Jährlich mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postboten sowie unsere Adressen sind in jeder Nummer angegeben. In Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: 1.50 M. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltige Korpuszeile 1.20 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Ermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile 4.50 M. Nachverteilungskarte 50 Pf. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Klacht gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 261.

Dienstag den 8. November 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Dollar wurde an der Berliner Sonnabendbörse mit 248 Mark bewertet.
- * Die abrückenden amerikanischen Truppen am Rhein sollen durch keine anderen alliierten Truppenteile ersetzt werden.
- * Aus London wird berichtet, daß Großbritannien bei Frankreich ernste Vorstellungen wegen des französisch-italienischen Vertrages erheben wird.
- * Noch diesen Monat soll in Paris eine Konferenz zur Beilegung des griechisch-türkischen Konflikts stattfinden.
- * Die amerikanischen Delegierten sollen der Washingtoner Konferenz einen fertigen Vorschlagsplan vorlegen.
- * Der japanische Premierminister Hara ist einem politischen Attentat zum Opfer gefallen. Der Täter, ein Koreaner, ist verhaftet.

Im Milliardenmeer.

Die industriellen Unternehmer sind arbeitsame, fleißige Leute, und doch sind sie, wie vor wenigen Wochen nach München, so jetzt wieder nach der Reichshauptstadt in hellen Hausen aus allen Säuen des Vaterlandes zusammengeköpft, um über die wichtige Frage der Kredithilfe für das Deutsche Reich zu beraten und zu beschließen. Sie ist spruchreif, sie muß endlich entschieden werden, denn so wie bisher kann es mit der Finanz- und Steuergebarung in Deutschland unmöglich weitergehen. Industrie, Handel und Landwirtschaft wissen, daß sie Opfer bringen müssen, aber alle früher gefürchteten Möglichkeiten hinaus, und daß, wenn geselliger Zwang verstanden werden soll, sie sich zu freiwilligen Leistungen werden aufschwingen müssen, da sonst weder der Steuerertrag des Reiches zu helfen noch der Argwohn der breiten Volksmasse zu befriedigen ist. Viel kostbare Zeit ist mit den Verhandlungen in diesen Gegenstand verloren worden. Wäre der große Entschluß, der den Ausgangspunkt der ganzen Aktion bildete, in gleich großem Juchrausch zur Tat gemacht worden, wir hätten es jetzt wenigstens etwas leichter in unseren riesigen Verlegenheiten.

Man braucht nur die beiden Reden zu überdenken, von denen die eine im Reichstag, die andere im vorläufigen Reichswirtschaftsrat über unsere Steuer- und unsere Reparationsverpflichtungen gehalten wurden, um zu erkennen, daß hier guter Rat auch der klügsten Männer in Deutschland immer teurer, wenn nicht gar immer unerschöpflicher wird. Dr. Herms, der einstweilige Reichsfinanzminister, mußte vor der Volksvertretung Fehlbeiträge im Haushalt von Duzenden von Milliarden aufmarschieren lassen, ohne auch nur andeutungsweise sagen zu können, wie diese jetzt schon vorhandenen und sich unausgesehrt vermehrenden Defizits jemals zu tilgen seien. Freilich, er ist eben erst mit diesem neuen Amt besetzt worden und denkt wohl kaum daran, es für die Dauer beizubehalten, sobald sein eigenes Interesse an der Herstellung von Ordnung im Finanzwesen kaum sehr groß sein kann. Und so beschränkte er sich dem Reichstage gegenüber auf die gewöhnlichen guten Redensarten: man solle einig sein, man solle alle Kräfte auf die Beseitigung der Not des Vaterlandes vereinen und wie dergleichen Dinge mehr lauten.

Andererseits erzählte von Braun, der erste Vorsitzende des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Er wies darauf hin, daß die Grundlage der Staatsausstellung in diesem Zustand jetzt ganz und gar hinfällig geworden sei und daß unsere finanzielle Zukunft von ebenso vielen im Augenblick noch ganz unfotografierbaren Faktoren der inneren wie der äußeren Politik abhängen, auf die wir so gut wie gar keinen Einfluß besitzen. Um nur eines zu nennen: wir wissen heute noch nicht, ob uns die Entente den Betrag von 1,4 Milliarden Goldmark, den wir für Bauten und andere Leistungen zugunsten der Besatzungsarmee verauslag haben, in vollem Umfang zu ersetzen gedenkt oder nicht. Ganz abgesehen davon, daß die finanziellen Folgen des Wiesbadener Abkommens, durch das wir uns gebunden haben, während Frankreich in seinem Willen freibleiben ist, noch gar nicht zu übersehen sind. Herr von Braun berechnet seine Belastung für den deutschen Haushalt auf jährlich 16 Milliarden. Er ist ein Freund der Industrieanklage für das Reich, aber er versteht nicht, wie er ausführt, wie man auf der einen Seite ihr das Wort rede und auf der anderen durch ein Abkommen wie dasjenige von Wiesbaden unsere Schuldenlast weiter steigern und dadurch abermals eine Schwächung des Marktes herbeiführen könne. Er sprach das bittere Wort aus, daß es nicht hundert Menschen in Deutschland gebe, die die inhaftreichen Ämtern überhaupt kennen, in denen die Lage unserer Finanzwirtschaft ihren furchtbaren Ausdruck bekommt, und er fügte hinzu, daß sogar auch im Reichsfinanzministerium diese hundert Menschen nicht zu finden seien. Wir stehen an einem Punkt, sagte er weiter, der vom Staatsbankrott nur eine ganz kurze Spanne entfernt ist. Daher müssen wir schleunigst zur Umkehr gelangen. Seine Vorschläge waren: keine Ausgaben ohne Deckung, Sparlichkeit im Staats- und Privathaushalt. Ein Staat, der so wirtschaftet wie der deutsche, könne keine Sparlichkeit von seinen Bürgern verlangen. Er rief zu einer Solidarität der Wirtschaftskräfte auf, da es doch unmöglich dahin

kommen dürfte, daß wir unseren ganzen Besitz an das Ausland verpfänden.

Der Bestmüßigste Brauns führte zunächst dazu, daß der Reichswirtschaftsrat den ihm vorgelegten Gesetzentwurf über eine Art Zwangsorganisation der Industriebereiche nur in seinem Grundgedanken zustimme, im übrigen aber die Vorlage an den Reparationsausschuß zurückverweise. Damit solle noch eine letzte Frist für das Werk der Freiwilligkeit offen bleiben, das man von der Industrie erwartet.

Die Hoffnung auf Washington.

Abstimmungsdebatte im englischen Unterhause. Parlamentsdebatten, so langweilig sie mitunter auf den ersten Blick anmuten in ihrer ewigen Wiederholung bekannter Dinge, können doch ab und zu bei kritischen Fragen als vortreffliche „Stimmungsbarometer“ dienen, aus denen sich die weitere Stellung einer Regierung zu bestimmten Problemen mit einiger Wahrscheinlichkeit ablesen läßt. So auch bei der jüngsten Aussprache des englischen Unterhauses über die Washingtoner Abrüstungskonferenz. Das Ergebnis, welches vorweg erwähnt sei, war die einstimmige Annahme einer vom Arbeiterführer Clynes eingebrachten Entschließung, in der erklärt wird, daß das Unterhaus der Konferenz in Washington warm zustimme und darauf vertraue, daß die größten Anstrengungen gemacht würden, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, die eine wesentliche und fortschreitende Herabsetzung der drückenden Rüstungslasten sichere. Clynes sagte zur Begründung u. a.:

Wenn die Washingtoner Konferenz nicht den Rüstungen auf den Grund gehe, so bestehe wenig Hoffnung auf eine Verminderung der Rüstungen. Durchschnittlich würden 20 Prozent der Staatsausgaben zur Aufrechterhaltung der Rüstungen und zu neuen Kriegsvorbereitungen verwendet. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel habe bewiesen, daß die Welt sich diese Ausgaben nicht leisten könne. Im letzten Jahre seien 9 Millionen Menschen geblieben und 30 Millionen zu Krüppeln gemacht oder verletzt worden. Der Krieg habe die Nationen, die daran teilnahmen, nicht weniger als 50 Milliarden Pfund Sterling gekostet. Für England betragen die Kosten 8 Milliarden Pfund Sterling. Es gebe keine größere Verschwendung, als die Aufrechterhaltung von Heeren und Flotten, und keine bessere Gelegenheit zur Herabsetzung der Ausgaben sei den Staatsmännern und Wirtschaftlern geboten, als die augenblickliche. Die Welt braucht ein Beispiel. Der nächste Krieg werde Frauen und Kinder nicht weniger töten und verwunden als Männer und vielleicht die Zerstörung der Zivilisation bedeuten. Die Gelehrten hätten ein erschöpfendes Bild vom nächsten Krieg entworfen. Man habe von

einer furchtbaren neuen Mitleidlichkeit gehört, von der drei Tropfen, auf die Haut gebracht, genügen um den Tod herbeizuführen, und die in großen Mengen hergestellt werden könnte. Es sei erklärt worden, daß Flugzeuge die diese Mitleidlichkeit mit sich führen, die Bevölkerung einer ganzen Stadt in wenigen Stunden töten könnten. Der Krieg könne noch andere furchtbare Schrecken annehmen. Auf Bündnisse könne man nicht mehr vertrauen. Große internationale Interessen müßten gemeinsam in Betracht gezogen werden, und die großen Nationen sollten sich zum künftigen Frieden der Welt zusammenschließen.

Diese Erklärungen Clynes' wurden von verschiedenen Rednern lebhaft unterstrichen. So bedauerte Chamberlain besonders, daß Lloyd George jetzt persönlich verhindert sei, nach Washington zu gehen, aber man hoffe doch immer, daß er die Reise doch noch ermöglichen könne. Die Politik der englischen Regierung sei, den Frieden zu suchen. Sie teile mit dem Unterhause die Hoffnung darauf, daß diese Konferenz den überbürdeten Nationen der Welt Erleichterungen bringen werde. Schließlich erklärte Lord Robert Cecil, ein Vizepräsident der Washingtoner Konferenz würde eine furchtbare Katastrophe bedeuten.

Aus alledem erkennt man deutlich, daß den Engländern ernsthaft daran gelegen ist, die Abrüstungsfrage nicht aus dem Auge zu lassen. Allerdings muß man beachten, daß sie dabei nicht von reiner Friedensliebe getrieben werden, sondern in erster Linie von der Befürchtung, daß sie andernfalls von den Amerikanern so gründlich überflügelt werden, daß das stolze Wort „Ruh Britannia“, das noch im Kriege seine Geltung hatte, bald der Vergangenheit angedröhren könnte.

Der katastrophale Marksturz.

Ein Dollar 248 Mark. Die Kurse für ausländische Zahlungsmittel hatten sich Freitag abend etwas abgeschwächt. An der Sonnabendbörse stiegen sie wieder, und der Dollar stellte sich auf 248 Mark an der Berliner Börse.

In England erregt der Marksturz lebhaft Besorgnis. „Westminster Gazette“ schreibt, die deutsche Mark müsse weiter fallen, da neue Reparationen fällig würden. Jede neue Reparationszahlung werde zu einem schlimmen Schlag für die Mark führen. Wenn der Reparationsplan nicht schleunigst abgeändert werde, so werde ein neues Wien oder Aukland in einem großen Teile Europas geschaf-

ten. Es sei fälschlich zu behaupten, daß der Zusammenbruch der Mark das Ergebnis deutscher Manipulationen sei, da er für Deutschland eine Katastrophe sei. Diese Bemerkung verdient sich gegen die Behauptung der französischen Blätter, die deutsche Regierung und die deutschen Großbanken beförderten den Marksturz, um Deutschland seinen Verpflichtungen gegen die Alliierten zu entziehen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Kein Ersatz der abrückenden Amerikaner durch Franzosen. Nach einer Mitteilung von amerikanischer Seite hat General Allen, der wegen der Konferenz über die Besatzungskosten nach Koblenz gereist ist, erklärt, daß eine Verfeinerung der von den amerikanischen Truppen am Rhein besetzten Zone trotz der Verringerung der Truppenstärke nicht stattfindet. Damit dürfte auch wohl eine vor kurzem durch die Presse gegangene Nachricht, wonach bereits in Koblenz Vorbereitungen für eine Verlegung des französischen Hauptquartiers von Mainz nach Koblenz getroffen seien, hinfällig werden. Von maßgebender Seite wird bestätigt, daß von derartigen Plänen nichts bekannt sei.

Ungehörter Übergriff der Belgier in Aachen. Das Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Aachen ist durch die belgische Besatzungsbehörde beschlagnahmt worden. Damit müßte das einzige Gymnasium Aachens, das evangelisches, jüdisches und religionsloses Schülern offensteht, seine Pforten schließen, da das zweite Gymnasium Aachens nur katholische Schüler aufnimmt. Es wird der Versuch gemacht, den Unterricht an einigen Nachmittagsstunden notwendig aufrechtzuerhalten. Verärglicht fragt sich die Stadtverwaltung, woraus die Besatzungsbehörde das Recht zu diesen Maßnahmen herleitet. Artikel 36 des Haager Landkriegsabkommens verbietet die Beschlagnahme von Unterrichtsanstalten, auch von staatlichen. Es ist daher begreiflich, wie im Frieden zulässig sein soll, was im Kriege unstatthaft ist.

Auflösung der Vereinigung „Brüder vom Stein“. Der Verein der Brüder vom Stein ist durch Anweisung des sächsischen Ministeriums des Innern aufgelöst worden. Als Grund ist angegeben, daß durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen festgestellt sei, daß der Verein ein Verbandsorgan der Art sei. Der Verein sei als eine Fortsetzung der Organisation Sibirien anzusehen. Auch der Sportverein „Silberner Schild“ ist aus dem gleichen Grunde aufgelöst worden.

Stegerwald über die deutsche Volksgemeinschaft. Einer Einladung des katholischen Frauenbundes Deutschlands folgend, sprach im früheren Herrenhaus zu Berlin Stegerwald über das Thema: „Der deutsche Weg zur Volksgemeinschaft.“ Stegerwald führte aus: Die Geschichte des deutschen Volkes muß man als einen Siegeszug der deutschen Volkseele, jedoch als Lebensweg des Volkseibes, der Volksgemeinschaft betrachten. Drei Faktoren sind es, die heute dem Zusammenwachsen zur Volksgemeinschaft im Wege stehen: politische Zerküftung, soziale Auflösung und konfessionelle Spaltung. Wir brauchen eine breite mittlere Grundlage, auf der sich Angehörige aller Stände zusammenfinden.

Die Hilfe für die Kleinentrenter. Wie aus Parlamentärenkreisen verlautet, werden die Arbeiten für die vom Reichskanzler Dr. Wirth in seiner letzten Reichstagsrede erneuert angekündigte Aktion für die Kleinentrenter weitergeführt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß diese Angelegenheit noch in dieser Reichstagsession zur Beratung und Verabschiedung kommen wird. Die Reichsregierung erstrebt, wenn irgend möglich, die Hilfsaktion noch vor Weihnachten praktisch in Angriff zu nehmen, um den Bedürftigen die Not des Winters zu erleichtern.

Die Kisenkosten der fremden Besatzung. „Chicago Tribune“ teilt mit, daß die Pariser Konferenz für die Regelung der Besatzungskosten die Kosten für den Unterhalt der vier Besatzungsarmeen seit Waffenstillstand auf eine Milliarde Dollar geschätzt habe.

Aus In- und Ausland. Berlin. Entgegen einigen Meldungen, daß der deutsche Gesandte v. Bergen in Rom oder der Gesandte in Bern, Müller, immer noch als Kandidat für den Posten des Außenministers in Frage komme, wird von unterrichteter Seite berichtet, daß Dr. Wirth die Vertagung der auswärtigen Politik selbst behalten will. München. Die bayerische Regierung hat eine Notstandsaktion zur Versorgung von Tirol mit Kartoffeln eingeleitet. Koblenz. Die neue Polizeiverordnung für den Kleinstverkauf an Ausländer weicht von der alten darin ab, daß nicht mehr der Verkauf sämtlicher Gegenstände an Ausländer verboten ist, sondern daß eine Liste bestimmter wichtiger Gegenstände aufgestellt wird, deren Verschleuderung ins Ausland verboten werden muß.